

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt Telegr. Adr.: Volkszeitung Wiesbaden Dienstag Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Verkaufsstellen in Oestrich (Otto Stiene), Marktstraße 9 und Eltville (H. Fabian, Witwe, Ecke Gutenberg- und Taubenschloßstr.). Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Hans-Joachim Dr. phil. Franz Giesecke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Stiene. Druck: für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: J. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Nr. 292 — 1919

16. Dezember

Bezugspreis für das Vierteljahr 5,40 Mk., für den Monat 1,80 Mk., frei ins Haus; durch die Post für den Vierteljahr 5,40 Mk., monatlich 1,80 Mk. mit Beleggeld, für Postabnehmer monatlich 30 Pfg., vierteljährlich 90 Pfg. — Einzelnenpreis: 40 Pfg. für die kleine Zeile, für auswärtige Anzeigen 50 Pfg., Reklamengeld 2,00 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachschlag. Schlag der Anzeigen-Kategorie: für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 5 Uhr. Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Infolge der heute früh vorzeitig eingetretenen Gasperrare war es uns unmöglich, in dieser Ausgabe noch die neuesten Depeschen zu veröffentlichen.

Entpolitisierung

Das Deutsche Reich ist in dem letzten Jahre in einer politischen Schwachhude geworfen. Wie sollte es anders sein! Hat doch jetzt das Volk, wie man sagt, alle Macht in die Hand genommen, aber wie die Verfassung so schon stimmt: Alle Staatsgewalt liegt beim Volke. In jedem industriellen Betrieb, mag er groß oder klein sein, hat sich ein Betriebsrat aufgebaut, der weniger über die Fragen des Betriebes, als über die Fragen der hohen Politik spricht. Unter politischen Gesichtspunkten haben wir selbstverständlich zu den Nationalparlamenten gewählt, unter parteipolitischen Gesichtspunkten wählen wir auch die Gemeindevertretungen. Und kann es heute kaum gemacht werden. Im Reich und in den Einzelstaaten werden die Regierungen aus den politischen Parteien gebildet. Und da nun die Gemeinden ein Staat im Kleinen sind, so müssen auch hier dieselben Grundzüge gelten. Wenn die Menschen Engel wären, dann könnte man auf die politische Bewertung der Einzelnen verzichten. Dann würden eben die Tüchtigsten zur Leitung des Staates berufen werden. Das wäre der Idealfall, der indes niemals in Erfüllung gehen wird. Die einzelnen politischen Richtungen und Weltanschauungen werden sich immer zusammen schließen und verengen, durch eine starke Vertretung zur Geltung kommen. Das ist freilich durchaus notwendig, schlimmer dagegen ist, daß die einzelnen parteipolitischen Richtungen sich in einer doppelten Zwangslage befinden. Wir sehen das am besten im Reich und in Preußen. Hier haben sich drei Parteien zusammengehangen und bilden die Regierung. Die eine Partei muß auf die andere Rücksicht nehmen, muß Kompromisse schließen. Kompromisse sind aber Kompromisse. Und das bedeutet in diesem Falle vielfach das Fehlen der Freiheit der Parteien unter dem Druck der Masse. Um nicht Tausende und Hunderttausende von Wählern zu verlieren, sind sie gezwungen, nach Populartät zu handeln und der Stimmung der Wähler entgegenzukommen. Früher war das sehr leicht. Man forschte im Reichstag, was das Volk hielt, und freute sich nachher, wenn die Regierung die maßlosen Forderungen ablehnte. Dann gingen die Volksvertreter ins Land und schrieben, was sie alles hätten tun wollen, aber die harte Regierung habe kein Herz für das Volk. So setzte sich die Überzeugung fest, daß die Regierung in allem schuld sei. Heute nun müssen die politischen Parteien, die in die Regierung eintreten, alles selbst herbeibringen, sie gelten als die Sündenböcke.

Kun ist das deutsche Volk der Parteipolitik müde geworden. Jede Wahl behält das von einem. Die breiten Schichten sind der „bunnen Mädelerei“ überdrüssig. Einen Erfolg haben nur die Oppositionsparteien auf der Rechten und auf der Linken, denen die Wähler in hellen Scharen folgen. Die Parteien dagegen, welche die Regierung bilden, verlieren immer mehr an Boden. Schon haben sich die Mehrheitsparteien damit abgefunden, daß sie bei der nächsten Wahl furchtbar in die Panne gebaut werden. Darum suchen sie mit den Unabhängigen eine Einheitsfront zu bilden. Wie sollen wir diesem politischen Übergang Einhalt gebieten können? Alle politischen Führer legen sich die Frage vor, wie die großen Fragen, die uns gegenwärtig bewegen, entpolitisiert werden könnten. Die Entpolitisierung liegt der Gedanke zugrunde, die Populärheitschance beiseite zu stellen. Reinen wir beispielsweise das Betriebsrätegesetz. Bekannt ist, daß sogar die Sozialdemokratie über dieses Gesetz keine reine Freude empfindet. Sozialdemokratische Führer haben schon lange Zeit gegen das Gesetz gekämpft. Noch weniger sind Zentrum und Demokraten in ihrem Betragen bei der Arbeit. Man betrachtet das Betriebsrätegesetz allgemein als ein großes Übel. Und trotzdem wird es gestärkt, weil man der Stimmung der Massen Rechnung tragen will. Entpolitisiert man also diese Frage und stellt sie nur auf den Nützlichkeitstandpunkt? Voraussetzung freilich dafür wäre, daß dann alle positiv schaffenden Parteien eine gemeinsame Forderung bildeten. Weil wir die Dinge anders sehen, haben wir schon im Januar eine Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Parteien gefordert. Man konnte damals sagen, daß zum Aufbau der Mitarbeit aller Kräfte notwendig sei. Aber der parteipolitische Eigennuß hat damals den Zusammenbruch verhindert. Heute ist es unserer Auffassung nach zu spät geworden. Heute läßt man sich von der Stimmung der Massen leiten. Man tut das umsonst, je näher die Wahlen heranrücken. Weder die Rechte noch die Linke werden gewagt sein, auf die Agitation zu verzichten. Es bleibt darum ein stromer Wunsch, wenn man an die Entpolitisierung der wichtigsten Gebiete denkt. Da sich ist es richtig, daß das Bürgerium sich die Beratung in den Parlamenten verlangt, daß es die Beteiligung der politischen Fragen unbedingt fordert. Doch was will der Wille des Bürgeriums in einer Zeit, da wir auch einen parteipolitischen Materialismus vorfinden.

Das Zentrum könnte es nur lebhaft begrüßen, wenn es wirklich zur Entpolitisierung der wich-

tigsten Gebiete käme. Denn gerade das Zentrum ist der Leidtragende bei dem gegenwärtigen Handeln. Das Zentrum hat bisher die meisten Konzeptionen gemacht, dafür muß es sich von allen Seiten angreifen lassen. Die Sozialdemokratie schiebt alle Schuld auf das Zentrum, das jederzeit mit seinem Ausritte drohe. Auf der Rechten verhöhnt man die Zentrumsstrategien, weil sie mit der Sozialdemokratie ein Bündnis geschlossen hätten. Ein großes liberales Blatt behauptet, daß die Partei nur aus Egoismus an der Staatskrise hänge. Das Zentrum erklärt, ohne seine Mitarbeit würde die Nation zugrunde gehen. Wie vermag sich damit die gegenwärtige Drohung? „Angst ist der Rot unterer sterbenden Volkes.“ Die Stellung der Sozialisten in der Schulkommission eine Lappalie und ihre Aufbauschung zu einer öffentlichen Lebensnotwendigkeit eine Provokation.“ Das ist der Don! Und weil nun eine Entpolitisierung unentbehrlich erscheint, so sollte es Pflicht des Zentrums sein, weder nach rechts noch nach links zu blicken. Das Zentrum nennt sich doch die Partei der Mitte! Pflicht der Reaktion ist es, grundsätzliche Politik zu treiben und den Wählern große Ziele zu weisen. Wer sich einmal auf die abschüssige Bahn begibt, geht unaufhaltsam abwärts. Wenn das Deutsche Reich ohne das Zentrum nicht gerettet werden könnte, wie es bisher immer hieß, dann müßte man die tollsten Gesetze, welche von der Sozialdemokratie verlangt werden, einfach hinhinwerfen. Schuld an allem, was eingetreten ist, trägt die Sozialdemokratie. Ihr müßte darum auch im Januar entweder allein die Verantwortung übertragen oder sie mußte ausgeschaltet werden. Der Mittelweg führt uns in immer größere Verwirrung hinein.

Veröffentlichung deutscher Akten

Eine Erklärung Reichmann Hollweg
Berlin, 15. Dez. Von dem früheren Reichskanzler Dr. v. Reichmann Hollweg wird das nachfolgende Schreiben veröffentlicht:

Die Veröffentlichung der deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch nötigt mich zu folgender Erklärung: Es muß Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß mit den auf die politischen Vorgänge bezüglichen Akten auch solche Handvermerke seiner Majestät des Kaisers publiziert werden, die keinerlei politische Aktionen begründen und darum keinen Bestandteil der Politik bilden. Die Aktenrollen sind zum größten Teil nichts anderes als der impulsive Niederschlag von Momenteneindrücken des Kaisers beim ersten Lesen der Schriftstücke und überdies in der Voraussetzung niedergeschrieben, daß ihr Urheber sich keineswegs Mißbrauchs oder falscher Bewertung an versehen hätte. Ihr persönlicher Charakter war ihnen vollständig unbekannt. Wenn Aktenrollen des Kaisers Anhaltspunkte zu politischen Entscheidungen bieten, sind diese erst auf Grund anschließender Vorträge und eingehender Erwägungen gefaßt worden, soweit sich ihre Behandlung nicht bereits aus den festgestellten allgemeinen Richtlinien ergab. Direktiven des Kaisers in dem von den Aktenrollen umfaßten Zeitraum haben stets den Zweck verfolgt, den Weltkrieg zu verhindern. Dies zu bekunden, erfordert Ehrlichkeit und Gerechtigkeit. Ferner beginnt die Publikation mit der letzten Phase der Entwicklung, die zum Weltkriege geführt hat. Die Entscheidungen der deutschen Regierung im Juli 1914 waren aber bedingt durch die politischen Ziele, welche die Verbündeten in der Vorzeit verfolgten und die ihre Haltung auch in der Krise bestimmten. Ueber diese Vorzeit können auch die deutschen Akten vielfältige Aufklärung geben. Eine Erklärung, die das Schlußkapitel absondert und vorsepariert, kann nur ein unvollständiges und zugleich falsches Bild der tatsächlichen Zusammenhänge geben, zu deren Aufklärung die deutsche Aktenpublikation dienen soll.

Dr. v. Reichmann Hollweg

Ergebnis der Sparprämienanleihe

mz. Berlin, 15. Dez. Das vorläufige Ergebnis auf die deutsche Sparprämienanleihe für 1919 beträgt, soweit sich dies bisher aus den eingelaufenen Telegrammberichten feststellen ließ, rund 8,8 Milliarden Mark. Das Ergebnis wird sich aber voraussichtlich durch aus dem Ausland eingehende Meldungen erhöhen. Ein abgeschlossenes Ergebnis kann erst nach Eintreffen der endgültigen Meldungen, die bis Ende dieser Woche zu erwarten sind, bekanntgegeben werden. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die große Anzahl der kleinen Zeichner auf ein bis zwei Stücke. Die Anzahl dieser Zeichner beträgt beim Kontor der Reichsbankbank für Wertpapiere allein 70 Prozent der einzelnen Gesamtschreiber. Falls durch die nachträglichen Zeichnungen der Betrag von 4 Milliarden nicht erreicht wird, wird das Reich die Summe, die zum Zeichnungsergebnis von 4 Milliarden fehlt, selbst zu leisten, um so mehr, als nicht unbeträchtliche Anmeldungen aus dem Ausland in Aussicht gestellt werden. Die Reife der Sparprämienanleihe wird nicht ausgesetzt und entfällt für die Zeichnungen.

Gegen die Lebensmittelausfuhr

Koblenz, 15. Dez. Um den Schmierleuten der Lebensmittelausfuhr der Rheinlande zu begegnen, hat die Interalliierte Kommission der Rheinlande folgende Maßnahme angeordnet:

Den deutschen Lebensmittelverwaltungen und dem Grenzpolizei wird strengste Anweisung zur gewissenhaften Anwendung der deutschen Bestimmungen über Ausfuhr von Lebensmitteln erteilt. Die alliierten Behörden der Grenzgemeinden haben außerdem Befehl, die die Grenze betretenden Straßen zu bewachen, und werden dafür verantwortlich gemacht, daß die getroffenen Maßnahmen wirklich angewandt werden. Die an der Grenze befindlichen militärischen Lebensmittelverwaltungen können Befehl erteilen, den Durchgang

aller Lebensmittel über die Grenze zu verhindern. Wünsche der bürgerlichen Behörden zwecks Vergrößerung ihres Lebensmittelverwaltungs können unterstellt werden. Die Verantwortung für die Ausführung der deutschen Lebensmittelgesetze ruht auf den bürgerlichen Behörden, und die Behörden der Verbündeten verlangen und treffen die nötigen Maßnahmen, um sich zu vergewissern, daß diese Gesetze tatkräftig und vollständig angewandt werden. Wenn ein deutscher Beamter seine Pflicht nicht gewissenhaft und durch alle in seiner Macht stehenden Mittel erfüllt, wird von den verbündeten Behörden seine Absetzung verlangt.

Katholikentag in Darmstadt

Darmstadt, 15. Dez. Bei außerordentlich zahlreicher Beteiligung fand gestern hier ein örtlicher Katholikentag statt, bei dem Pfarrer Fink (Darmstadt) zum Großkatecheten gegen den Verdrängungsplan einer unglücklichen Schulpolitik auftrat. Reichsanwalt Lütich (Frankfurt a. M.) kam nach Prüfung der neuen Verfassung zu dem Ergebnis, daß der Katholik sich voll auf den Boden der neuen Verfassung stellen könne, sich aber staatsbürgerlich betätigen müsse durch Propagierung des Glaubens für Autorität, Toleranz und organisatorisches Schaffen. In einer Entschließung wurde u. a. verlangt, daß die katholischen Eltern auf Gründung von Volksschulen ihres Bekenntnisses weitgehend herabgelassen werden und daß das Aufsichtsrecht der Kirche über den Religionsunterricht an allen Schulen anerkannt und gesetzlich festgelegt wird.

Eine Enthüllung Dr. Heims

München, 15. Dez. Der Schwager des bayerischen Ministerpräsidenten, der zweite Bürgermeister von Augsburg, Ad. Hermann, hatte in einer Massenversammlung dem bayerischen Bauernführer Dr. Heim vorgeworfen, daß er seit einem Jahre der Konradinäre verstoßen worden wäre. Dr. Heim verwarf sich gegen diesen Vorwurf und erklärte, daß er auf dem Boden der Demokratie stehe. Gleichzeitig mit dieser Erklärung macht Dr. Heim eine politische Sensationelle Enthüllung, die unbedingt Verurteilungen nach sich ziehen wird. Dr. Heim bezeichnet: Ein Herr, der der Münchener Post sehr nahe stand und heute in hoher Stellung ist, kam vor den Wahlen vom 12. Januar mit dem Vorschlag zu mir, den Kronprinzen Rupprecht als Kandidaten aufzustellen. Die Münchener Post kam sich bei dem betreffenden Herrn, den ich sehr gut kenne, über meine Haltung und Stellung erlaubte. Diese Enthüllung Dr. Heims kann nur so gedeutet werden, daß zur Zeit der Kaiserregierung von mehrheitspolitischen Seite die Wahlkandidatur des Kronprinzen Rupprecht vorgeschlagen worden sei, während von sozialdemokratischer Seite behauptet worden war, sie sei vom Zentrum ausgingen.

Das Urteil im Lindnerprozeß

München, 15. Dez. In dem Prozeß gegen Lindner und Genossen ist heute das Urteil gefällt worden. Lindner wurde wegen des Verbrechens des verurteilten Todschlags und des Verbrechens des erschweren Todschlags zu einer Gesamtschuldschuld von 14 Jahren und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Von den Verbrechern des Mordes an dem Abgeordneten Dietl wurde er freigesprochen. Der Angeklagte Fritz wurde wegen des Verbrechens des verurteilten Todschlags zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Den beiden wurden je vier Monate Unterhofsstrafe angedreht. Der Angeklagte R. wurde wegen Verurteilung auf einer Gefängnisstrafe von einem Monat und 15 Tagen verurteilt. Der Angeklagte Schand wurde wegen des gleichen Verbrechens zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.

Hauptmann v. Kessel

Berlin, 15. Dez. Von ausfindiger Stelle erfahren wir: Nachdem der vom Ministerpräsidenten ernannte Sachverständigenrat gegen Hauptmann v. Kessel aufbehalten worden ist, hat der Reichstag das Aufhebungsgesetz des 1. Vorbehalts einen neuen Sachverständigenrat ernannt. Kessel bleibt somit in Kraft. Beihilfe für die Angehörigen der Kriegsfangenen
mz. Berlin, 15. Dez. Die Reichsregierung hat sich in den letzten Tagen wiederholt mit der wirtschaftlichen Lage der Angehörigen von Kriegsfangenen beschäftigt. Das Ergebnis war, daß den unterstützungsbedürftigen Ehefrauen eine einmalige Zuwendung in den Grenzen bis zu 200 Mark und der gleiche Betrag für jedes Kind durch die Vermittlung der der Auszahlung der Familienunterstützungen befürwortenden Stellen gezahlt wird. Auch die sonstigen Angehörigen der Kriegsfangenen sollen eine einmalige Beihilfe bis zu 200 Mark erhalten, soweit sie nach den bestehenden Grundregeln bereits Familienunterstützung erhalten und demnach als bedürftig anzusehen sind. Die Auszahlung der Gelder erfolgt möglichst noch vor Weihnachten.

Bayerische Kriegsverluste

München, 15. Dez. Das statistische Landesamt veröffentlicht die Verluste Bayerns im Weltkrieg. Der Gesamtverlust beträgt 64 248 Mann, darunter 640 796 Soldaten und Unteroffiziere, 330 Ärzte, 78 Beamte und Veterinäre, sowie 13 004 Offiziere. Von den Offizieren sind 4905 tot, 7062 verwundet, 468 vermisst und 1100 gefangen. Von den Soldaten sind 158 207 tot, 600 504 verwundet, 42 050 vermisst und 49 019 gefangen.

Ein Rat von zehn Mitgliedern

London, 15. Dez. Die Konferenz in Downing Street hat dazu geführt, daß ein Rat von zehn Mitgliedern gebildet wurde. In diesem Rat treten als Mitglieder auf: Lord George, Curzon, Hallour und Chamberlain für England, Clemenceau, Cambon, Londeur und der französische Vizepräsident in London für Frankreich, Scialoja und der italienische Vizepräsident in London für Italien. In einer Beratung von französischen und britischen Staatsmännern wurde die französische Sanität behandelt.

Eine Salvarfangeschichte

Hoch a. M., 15. Dez. Der im Büro des Arbeiter- und Soldatenrats in Frankfurt a. M. angeheime Kriegsbeschädigte Peter Klein aus Flörsheim, der drau und dran war, zur Mitarbeit in das hiesige Amt nach Berlin zu werden, war im Juli d. J. von dem ebenfalls beim Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat beschäftigten Dr. Marlin angegangen worden, ihn Salvarian zu besorgen. Klein fand in dem Arbeiter Joseph Schleidt aus Flörsheim, der in der Salvarian-Abteilung der Arbeiterwerke in Höchst beschäftigt, einen willigen Helfer. Schleidt hat aus einem Trodenföhrant mittels Nachschlüssel fünfmal ein Salvarian. Es war jedoch, das noch nicht in Ampullen gefüllt, leichtlich verschoben und so als Medikament verwendbar war, sondern noch zur Trocknung ausgebreitet lag, also in einem Zustand, der, wenn es so verwendet, als ein Gift schätzlicher Art wirkt und den Tod unabwendbar im Gefolge hat. Mit einem geschäftlichen Geschäft. Schleidt das Salvarian in eine Dose und brachte es im Verein mit Klein dem Marlin nach Frankfurt. Dieser war gerade zum Vertrauensmann für die Salvarianförderung der Kriegsbeschädigten im Hauptbahnhof beauftragt, und die Dose und Behälter trafen den Vertrauensmann und übergeben ihm ein Salvarian. So ging die Schieberlei fünfmal vor sich, und Marlin gab den beiden im ganzen 19 000 Mark für ein Versteck von 130 000 Mark. Als Schleidt nachher wieder der 1000 Gramm Salvarian aus dem Trodenföhrant bereits schickte hatte, wurde er von dem Kaiserlichen Schreiber erwischt. Klein wurde inhaftiert, ebenso Marlin. Letzterer wurde aber behaupteter Weise von der Frankfurter Polizei wieder entlassen und in seinem Versteck. Der Fall fand zur Verhandlung vor der Wiesbadener Strafkammer. Es wurde sofort herangezogen, daß ein derartiger Fall noch nicht vorgekommen sei, da diesmal das Medikament offen gefahren und verschoben, ein Fall dessen Folgen das größte Unheil anrichten kann. Der Sachverständige Dr. Heßig von den Höckeren hat verurteilt, das Salvarian, für die Allgemeinheit wichtige Ausfahrungen: Nur in luftleeren Flaschen, die das Salvarian haltbar, sobald das Köcherchen aber geöffnet wird, muß der Inhalt sofort verbraucht werden, da Salvarian an der Luft von Minute zu Minute an Giftigkeit zunimmt. In Dose- und Schieberleien macht man sich aber kein Gewissen daraus, Salvarian zu verkaufen, dessen Anwendung mit absoluter Lebensgefahr für den Patienten verknüpft ist. Durch Unachtsamkeit sind wiederholt größere Mengen von Salvarian und Neosalvarian entwendet und in gewöhnlichen Glasflaschen oder Tüten, wie im vorliegenden Falle, verschoben worden. Es befinden sich in Deutschland an verschiedenen Stellen heimliche Fabriken, die Neosalvarian anfertigen, Glasampullen, Erketten, Gebrauchsanweisungen, Kontrollscheine in täuschend ähnlicher Weise nachmachen. Solche Verbrecher müssen mit Zuchthaus bestraft werden, weil sie Menschenleben gefährden. Da von Schieberleien solche Ratschläge zu sich mit Original-Verpackungen wiederholt abgenommen worden sind, so besteht für die öffentliche Sicherheit eine Lebensgefahr, wenn solche Waren durch die Behörde ohne vorherige Prüfung an Krankenhäuser oder Großhändler losgeschlagen werden. Da das Anwendungsgebiet des Salvarian sich nicht nur auf die Soldaten, sondern auch auf Kriegerkinder, Malaria, Scharlach usw. erstreckt, hat die große Öffentlichkeit ein Interesse daran, daß die stärksten Maßnahmen getroffen werden, den Fälschern, Diebsten und Dieben durch strengste Gesetzgebung das Handwerk zu legen. Das Gericht verurteilte Schleidt wegen schweren Diebstahls, Klein wegen Hehlerei zu je einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Nur wegen ihrer fortwährenden Unbedachtlichkeit blieben sie vor dem Zuchthaus für diesen unheilvollen Diebstahl bewahrt.

Winkel, 15. Dez. Bei den hier stattgefundenen Wahlen der Gemeinderäte wurden abgegeben für die Vorzugsliste der Zentrumspartei 10, der Demokr. Partei 3 und der Sozial. Partei 4 Stimmen. Als gewählt gelten die Herren Jean Hots, Peter Petri, Edmund Graf, Dr. Max Höbner und Wendelin Krenner. Bei der anschließenden Wahl des Beigeordneten wurde Jean Hots (3.) mit 10 Stimmen gewählt, während der Gegenkandidat Dr. Max Höbner (2.) 7 Stimmen auf sich vereinigte. Als Kreisbeigeordneter wurde Beigeordneter Josef Kleines (Parteil.) mit 10 Stimmen gewählt, während der Gegenkandidat Anton Allendorf (Soz.) mit 7 Stimmen unterlag.

Hochheim a. M., 15. Dez. Die Gemeinderatswahl verlief folgendes Ergebnis: Beigeordneter: Martin Böhler (Zentrum), Schöffen: Ad. Friedrich (3.), Bild. Saarburg (3.), Gg. Kröschell (3.), und Adam Treber (Soz.). Als Kreisbeigeordneter wurden Beigeordnete: Bild. Haenlein (3.) und J. B. Siegfried (3.) gewählt. Höchstheim a. M., 15. Dez. Auf meine Stimme kommt's nicht an! Ein lauscher Wahlkampf wurde gestern hier aufgeführt, bei dem die Zentrumspartei mit einer Stimme Mehrheit den Sieg davontrug. Auf den Kandidaten des Zentrums (Bürgerpartei) Adjunkten Herz, entfielen 855 Stimmen, auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Parteien, Jakob Andres, entfielen 890 Stimmen, weiter erhielt Martin Debus 2, Frau Helene Meyer Witwe 1 und Adam Schreiner 1 Stimme. Der selbsterwählte Beigeordnete Herz ist somit mit einer Stimme Mehrheit wiedergewählt.

100